



Beschluss des SPD-Parteivorstands vom 21.06.2021

1

2 „Freiheit und Sicherheit“

3

4 **Sozialdemokratische Innenpolitik ermöglicht, dass die Menschen von ihrer Freiheit Gebrauch**
5 **machen können.** Wir sind der Freiheit verpflichtet. Sie ist einer der Grundwerte der SPD und
6 Maßstab unseres Handelns. Das gilt in ruhigen genauso wie in unruhigen Zeiten. Freiheit
7 bedeutet ein selbstbestimmtes Leben ohne Not und Zwang. Wer konkret von Kriminalität
8 bedroht ist oder sich aus Angst davor nicht mehr in den dunklen Stadtpark traut, handelt nicht
9 mehr frei. Deshalb organisieren wir Sicherheit, um Freiheit zu gewährleisten. Das ist für uns
10 Kernaufgabe des Staates: Egal wo in Deutschland, für alt oder jung, ob hier geboren oder
11 woanders, egal ob reich oder nicht. Nur wenn alle Menschen Sicherheit und Gerechtigkeit
12 erfahren, bewahren wir den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Wir wissen, dass jede Zeit auch
13 hier eigene Antworten braucht.

14 **Wir stehen für eine Sicherheitspolitik mit Augenmaß. Eine Sicherheitspolitik, bei der der**
15 **Mensch und nicht der Staat im Mittelpunkt steht** und die sich an der tatsächlichen
16 Sicherheitslage orientiert. Das bedeutet: Prävention und angemessene Repression in allen
17 Extremismus- und Kriminalitätsbereichen.

18 Um das gewährleisten zu können, **brauchen wir einen leistungsfähigen Staat.** Einen Staat der
19 dafür sorgt, dass die Menschen sowohl in größtmöglicher Freiheit, als auch größtmöglicher
20 Sicherheit leben können.

21 Freiheit und Sicherheit werden bei uns in eine vernünftige Balance gebracht. Nur so schaffen
22 wir es auch, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken. Eine Aufgabe, die nicht erst seit
23 Corona besonders wichtig ist. **Es ist deshalb Aufgabe der Politik, die Stärkung des**
24 **gesellschaftlichen Zusammenhaltes und der Sicherheit der Menschen auch in Zukunft weit**
25 **oben auf unsere Agenda zu setzen. Das muss das Kernziel für alle Sozialdemokratinnen und**
26 **Sozialdemokraten sein.**

27 In der **Sicherheitspolitik besteht immer ein Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit.**
28 Unsere Position als SPD muss heißen: Beides wahren und nicht gegeneinander ausspielen, die
29 Freiheit jedes Einzelnen ist ein Grundrecht. Es braucht eine ausgewogene Balance zwischen
30 Freiheit und Sicherheit, die das freiheitliche, selbstbestimmte Leben in unserem Land
31 garantiert und nicht einschränkt. Das ist verantwortungsvolle sozialdemokratische Politik!

32 Wir wollen eine **starke Strafverfolgung**, die die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land schützt.
33 Wir wollen eine **effiziente Justiz**, die zu schnellen und gerechten Urteilen führt. Wir wollen
34 Regeln und **staatliche Ressourcen, die verhindern, dass straffreie Räume entstehen** – das gilt
35 für die Städte und Dörfer unseres Landes genauso wie für die digitale Welt.

36 Auch im Bereich **Migration** sind wir sozialdemokratischen Grundwerten verpflichtet:
37 Menschen, die Schutz suchen, ermöglichen wir ein **schnelles und faires Asylverfahren.**
38 Diejenigen, die eine Bleibeperspektive haben, sollen in diesem Land bleiben. Diejenigen ohne

39 einen Asylgrund müssen es wieder verlassen. **Die Integration aller hier Lebenden bleibt eine**
40 **Kernaufgabe unserer Politik; wir werden unsere Anstrengungen hier noch deutlich erhöhen.**

41 **Frei und sicher leben; Vertrauen in einen starken Staat**

42 Für mehr präventive Sicherheit in Deutschland kommt es auf **motivierte, gut ausgebildete und**
43 **ausgestatte Polizistinnen und Polizisten** an. Ihre Präsenz und Bürgernähe macht sie für uns zu
44 einem unerlässlichen Partner. Sie verdienen unsere Anerkennung und Respekt für ihre wichtige
45 Arbeit. Das muss sich auch in einem modernen Dienstrecht und in einer angemessenen
46 Bezahlung widerspiegeln. Hierzu streben wir eine stärkere **Harmonisierung der Besoldungs-**
47 **und Vergütungsregelungen** von Bund und Ländern an. Bund und Länder müssen als attraktiver
48 öffentlicher Dienst untereinander wieder durchlässiger werden und gleichzeitig gegenüber der
49 Wirtschaft wettbewerbsfähig sein.

50 **Wir wollen die Strukturen der Sicherheitsbehörden verbessern und reibungsloser mit der Justiz**
51 **verzahnen.** Mit einem **Rahmen für einheitlichere Standards** wollen wir den zunehmend
52 unterschiedlichen Strukturen und Rechtsgrundlagen der Polizeigesetze von Bund und Ländern
53 entgegenwirken. Einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehnen wir ab. Bei den
54 Sicherheitsbehörden setzen wir uns ein für nachhaltige Investitionen in Gebäude, digitale
55 Technik, Fahrzeuge und persönliche Ausstattung. Wir benötigen eine Polizei und Justiz, die den
56 Herausforderungen der Digitalisierung und steigender Mobilität gewachsen ist.

57 Bundes- und europaweit gilt es die **Vernetzung polizeilicher Erkenntnisse** voranzutreiben.
58 **Europol wollen wir stärken** und polizeilichen Austausch und Zusammenarbeit zwischen den
59 europäischen Mitgliedsstaaten ausbauen, Ziel muss eine stärker abgestimmte europaweite
60 Strafverfolgung sein. Auch die **justizielle Zusammenarbeit auf EU-Ebene** wollen wir stärken.
61 Das gilt für die Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
62 (EUROJUST), wie auch für den Ausbau gemeinsamer Kanäle für den sicheren Datenaustausch.

63 Die personellen und sächlichen Ressourcen im Bereich der Strafvollstreckung müssen deutlich
64 gestärkt werden, damit der Staat seinen Strafanspruch klar zum Ausdruck bringt. Bei
65 begangenen Straftaten müssen Verfahren unmittelbar aufgenommen werden. Die **Bestrafung**
66 **muss schnell im Zusammenhang mit der Tat erfolgen.** Dafür brauchen wir auch in der Justiz die
67 Fähigkeiten und die Ausstattung entsprechend Stand und Entwicklung der Technik.

68 Damit Justiz und Sicherheitsbehörden leistungsfähig bleiben, muss der **Arbeits- und**
69 **Gesundheitsschutz** verbessert werden, ebenso die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

70 **Gute Sozial-, Arbeitsmarkt-, Kinder-, Familien- und Integrationspolitik** bilden die notwendige
71 Basis einer erfolgreichen Prävention und Innenpolitik. Die unterschiedlichen Akteure im sozial-
72 und Ehrenamtsbereich werden wir unterstützen, damit sie noch besser in der Lage sind, den
73 gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

74 Um gezielter vorbeugen zu können, müssen wir **mehr wissen über Kriminalitätsentwicklungen.**
75 Deshalb werden wir den von uns eingeführten **Periodischen Sicherheitsbericht** wieder
76 regelmäßig erarbeiten lassen. Um diese Regelmäßigkeit zu gewähren, wollen wir hier eine
77 gesetzliche Verpflichtung schaffen.

78 **Erscheinungsformen, die unsere Sicherheit in besonderem Maße bedrohen, nehmen wir auch**
79 **besonders ins Visier.** Die **Organisierte Kriminalität** ist ein gravierendes und facettenreiches
80 Kriminalitätsphänomen. Die sogenannte „Clankriminalität“ sorgt mitunter für Verunsicherung
81 im öffentlichen Raum und nimmt für sich in Anspruch, nach eigenen Gesetzen zu leben. Dies
82 lassen wir nicht zu. Die Geschäfte von Organisierter Kriminalität werden wir genauestens
83 kontrollieren und Geldwäsche vereiteln. Notwendig sind ausdauernde und

84 flächenübergreifende Strukturermittlungen der Länderpolizeien, der Bundespolizei und des
85 Zolls zusammen mit BKA und Europol. Mittelfristig wollen wir den **Zoll zu einer**
86 **Bundesfinanzpolizei** weiterentwickeln, die insbesondere gegen illegale
87 Beschäftigung/Schwarzarbeit, organisierte Kriminalität und Geldwäsche, u.a. durch
88 Vermögensabschöpfung, wirkungsvoll einschreitet.

89 Die Anschläge in Hanau und in Halle und der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter
90 Lübcke sind Zeichen einer besorgniserregenden Entwicklung. Rechte Gefährder nehmen wir
91 systematisch in den Blick, die **Entwicklung von rechten Strukturen in Städten und Gemeinden**
92 **muss unterbunden und Rechtsextremisten konsequent entwaffnet und von Waffen**
93 **ferngehalten werden.** Die Aufklärung der Einnahmequellen des nationalen und international
94 vernetzten Rechtsextremismus – sei es aus kriminellen Handlungen, aus Handel und Vertrieb
95 von rechtsradikaler Propaganda, Kampfsportveranstaltungen, Rechtsrock-Konzerten oder
96 anderer Herkunft – gehen wir behördenübergreifend an.

97 Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden ist von besonderer Bedeutung. Dieses Vertrauen
98 wollen wir weiter stärken - insbesondere auch bei Menschen mit Einwanderungsgeschichte.
99 **Deshalb bekämpfen wir Rechtsextremismus in Sicherheitsbehörden konsequent.** Der
100 Entstehung von rassistischen Denkmustern im Polizeialltag wirken wir weiter entgegen. Da,
101 wo Strukturen und Entscheidungsabläufe rassistische Benachteiligungen begünstigen und
102 fördern, greifen wir ein und führen zu strukturellen Änderungen.

103 Etwa jede vierte Frau wird mindestens einmal **Opfer körperlicher oder sexueller Gewalt** durch
104 ihren aktuellen oder früheren Partner. Von sogenannter **häuslicher Gewalt** sind Frauen aller
105 sozialen Schichten betroffen. Um häusliche Gewalt wirksam zu bekämpfen, werden wir die
106 Zusammenarbeit aller Verantwortlichen in staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen
107 verbessern. Wir wollen eine Weiterentwicklung des Hilfesystems aus Beratungsstellen,
108 Frauenhäusern und anderen Schutzeinrichtungen.

109 **Digitale Freiheit und Sicherheit gewährleisten**

110 Das Internet war und ist weiterhin ein weltumspannendes Freiheitsversprechen. Seine
111 grundsätzliche technische Neutralität kann im Sinne der Freiheitsrechte genutzt, aber auch
112 gegen sie missbraucht werden. Die Freiheit des Netzes wird in nie gekanntem Maße zum
113 Austausch von Informationen und zur Entfaltung von Kreativität genutzt, aber auch massiv
114 missbraucht, um Hass auf Jede und Jeden mit einer anderen Meinung zu schüren; organisierte
115 grobe Desinformation ist an der Tagesordnung; autoritäre Regime missbrauchen das Netz als
116 Machtinstrument. Straftaten werden im Internet und aus dem Internet verübt. Wenn das
117 *World Wide Web* das Freiheitsversprechen bleiben soll, dann ist es an den Demokratien
118 weltweit, dieses Versprechen mit konsequenter Rechtsstaatlichkeit gegen Missbrauch und
119 totalitäre Vereinnahmung zu verteidigen.

120 Wir sind gegen eine Klarnamenpflicht im Netz und setzen uns weiterhin für die Möglichkeit
121 einer pseudonymen Nutzung ein. Anonymität im Netz ist eine wichtige Voraussetzung, um sich
122 vor Diskriminierung zu schützen und für eine freie Meinungsäußerung. Gleichzeitig muss aber
123 **Strafverfolgung im digitalen Raum genauso wie im analogen Bereich** möglich sein. Alle Formen
124 von Hasskriminalität müssen konsequent und effektiv verfolgt werden.

125 Klar ist deshalb, dass der Anspruch auf Anonymität im Netz dort endet, wo eine betreffende
126 Person im Verdacht steht, schweren Straftaten aus oder im Internet begangen zu haben. Dann
127 braucht es für die Strafverfolgungsbehörden eine schnellere **Identifizierungsmöglichkeit des**
128 **verdächtigten Nutzers.** Wir sorgen dafür, dass die Strafverfolgung künftig viel konsequenter

129 stattfindet und wollen dabei auch die Plattformbetreiber verpflichten, die Voraussetzungen für
130 eine grundsätzlich mögliche Identifizierbarkeit zu schaffen, beispielsweise über die Nutzung
131 einer sogenannten Login-Falle, bei der die IP-Adresse zielgenau erst bei Vorliegen einer
132 Strafanzeige gegen den verdächtigten Nutzer registriert wird. Dadurch wird vermieden, dass
133 Daten pauschal gespeichert werden. Auch hier müssen die Strafverfolgungsbehörden in die
134 Lage versetzt werden, eine effektive Verfolgung von Straftätern zu gewährleisten. Das muss
135 sich zwingend in der personellen und technischen Ausstattung von Justiz und
136 Strafverfolgungsbehörden widerspiegeln. Genauso gelten Richtervorbehalte und nichts
137 technisch zu ermöglichen, was von anderen Staaten oder nichtstaatlichen Organisationen
138 ausgenutzt oder missbraucht werden kann.

139 Damit der Bundesgesetzgeber und die Bundesregierung ihre Beobachtungs- und
140 Abwägungspflicht noch besser erfüllen können, werden wir **im Rahmen der**
141 **Gesetzesfolgenabschätzung eine „Überwachungsgesamtrechnung“** ausgestalten und
142 einführen. Das Ergebnis wird so auch unabhängig kontrollierbar.

143 **Cybersicherheit** ist die Grundlage für eine erfolgreiche Digitalisierung. Digitale und analoge
144 Sicherheit sind zunehmend miteinander verwoben. Industrieanlagen und kritische
145 Infrastrukturen arbeiten vernetzt und sind so über das Internet angreifbar. Es ist eine Frage der
146 öffentlichen Sicherheit, in IT-Sicherheit zu investieren. Das Bundesamt für Sicherheit in der
147 Informationstechnik ist weiter zu stärken. Wir müssen in die Entwicklung sicherer und
148 innovativer **Cyber-Abwehrinstrumente** investieren. Eine offensiv ausgerichtete Cyberstrategie
149 könnte eine Eskalationsspirale in Gang setzen, die langfristig nicht zu mehr Sicherheit, sondern
150 zu mehr Unsicherheit führt.

151 **Sicherheitsanforderungen an Ausrüster von Hard- und Software** müssen auf objektiven und
152 universellen Sicherheitskriterien basieren. Wenn wir Sicherheit nur anhand politischer Kriterien
153 messen, schaffen wir den Schein einer Sicherheit. Wir dürfen nicht auf Abschottung setzen,
154 sondern auf Kooperation. Daher ist langfristig die Entwicklung eines internationalen Regimes
155 zum **Verbot offensiver Cyberwaffen** und zur Regulierung staatlicher Cyberabwehrpolitik,
156 einschließlich des Umgangs mit Social Bots und Sozialen Medien anzustreben. Als Vorbild
157 könnte der Atomwaffensperrvertrag gelten.

158

159 **Migration und Asyl**

160 Migration mit all ihren Facetten ist Teil unserer Geschichte, prägt und bereichert unser Leben.
161 Vor diesem Hintergrund stellen wir positiv fest: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Jeder
162 vierte Mensch in Deutschland hat eine Einwanderungsgeschichte. Aber es gibt auch
163 unfreiwillige Migration. Nie zuvor waren so viele Menschen auf der Flucht. Die allermeisten
164 suchen in ihren Herkunftsländern oder –regionen Schutz und Zuflucht, wenige bringen sich in
165 anderen Länder in Sicherheit. Der geringste Teil bittet bspw. in Europa um Asyl.

166 Humanität ist die Richtschnur unseres Handelns in der Migrations-, Asyl- und
167 Integrationspolitik. Diejenigen, die Schutz benötigen, müssen in Deutschland Hilfe finden.

168 Für Menschen ohne Asylgrund ist **legale Einwanderung über ein nationales bzw. europäisches**
169 **Einwanderungsgesetz** der richtige Weg. Es ist notwendig und richtig, dass Menschen aus
170 anderen Ländern leicht verständlich **Zugang zu Informationen über Arbeits- und**
171 **Ausbildungsplätze** erhalten und auf legalem Weg nach Deutschland kommen können.
172 Kooperationen mit Herkunftsstaaten sind dabei ein wichtiges Element. Wir wollen friedlich
173 zusammenleben und arbeiten, ohne ausbeuterische Beschäftigung oder Lohn- und
174 Sozialdumping. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist dazu nur ein erster Schritt. Wir werden

175 es evaluieren und wo nötig nachbessern. Darüber hinaus arbeiten wir für ein **gemeinsames**
176 **europäisches Einwanderungsrecht**, damit in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union
177 einheitliche Regelungen für legale Zuwanderung bekommen.

178 In der **Flüchtlingspolitik bekennen wir uns zur Menschlichkeit und zum Grundsatz unserer**
179 **Verfassung: Wer Schutz braucht, wird ihn bei uns erhalten.** Flüchtlinge müssen in Deutschland
180 einen sicheren Hafen haben und Unterstützung erhalten. Die Integration von anerkannten
181 Schutzsuchenden werden wir weiter voranbringen. Wer keinen Flüchtlingsschutz benötigt und
182 für wen auch kein Hindernis für eine Rückkehr ins Herkunftsland besteht, muss Deutschland
183 wieder verlassen. Die Zusammenarbeit mit Herkunftsländern – etwas bei der
184 Passersatzpapierbeschaffung – muss weiter ausgebaut und Einflussmöglichkeiten auf die
185 Regierungen nicht oder zu wenig kooperierender Staaten stärker genutzt werden.

186 Wir wollen in Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen für Fairness und **hohe Qualität in**
187 **den Asylverfahren.** Notwendig sind zügige und rechtssichere Entscheidungen mit
188 flächendeckender unabhängiger Asylverfahrensberatung, die jedem Asylbewerber und jedes
189 Asylbewerberin, die bestmögliche Unterstützung geben. Wir wollen die Finanzierung dieser
190 Arbeit sicherstellen.

191 Familien gehören zusammen. Auch die Integration klappt am besten mit der Familie. Die
192 Regelungen für den **Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten** wollen wir daher wieder
193 an die für Flüchtlinge angleichen. Dabei werden wir auch Regelungen für den
194 Geschwisternachzug zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen schaffen.

195